



Vorwort

von Amira Hass

Machsom Watch wurde im Februar 2001 gegründet und ist seit sechs Jahren aktiv. Seitdem ist nicht ein einziger Kontrollposten aus dem Westjordanland verschwunden. Im Gegenteil, ebenso wie die Mitgliederzahl der Organisation zunahm, so vervielfachte sich die Zahl der von der israelischen Armee errichteten Checkpoints: zwischen Nachbardörfern, zwischen Dörfern und Städten, zwischen Landesteilen. MachsomWatch ist als Beobachtungs- und Protestbewegung gegen diese Checkpoints angetreten: dauerhafte Checkpoints, vorübergehende Checkpoints, bemannte Checkpoints, unbemannte Straßensperren. Die Frauen von MachsomWatch bezeugen und dokumentieren die Dauerhaftigkeit von vermeintlich vorläufigen Hauptkontrollposten, die angeblich als Reaktion auf Sicherheitsbedürfnisse errichtet wurden. Sie haben die Entwicklung der Checkpoints zu befestigten Gittertoren zwischen Mauern und Zäunen beobachtet, die das Westjordanland in voneinander isolierte Enklaven verwandelt haben. Nach und nach haben sich MachsomWatch-Frauen zu sachkundigen Zeuginnen entwickelt, die das Gesamtphänomen der Kontrollposten dokumentieren: die Anordnungen, die die Bewegung der Palästinenser von einem Landesteil in den anderen zum Stillstand bringen, die Sperrung der Hauptverkehrsstraßen für Palästinenser, das bürokratische System, das Passierscheine ausstellt oder, genauer gesagt, verweigert. Die MachsomWatch-Frauen haben sich Expertenwissen über die Arten von Genehmigungen und über die systematischen Schikanen angeeignet, die an den Checkpoints herrschen.

Diese Frauen haben sich zu frustrierten Schriftführerinnen entwickelt, die eine besonders ausgefeilte israelische Politik dokumentieren: die Schließung – euphemistische Bezeichnung für jene Politik, die den Palästinensern das Recht auf Bewegungs-



freiheit abspricht. Es ist eine rücksichtsvolle Beschreibung des israelischen Ausweis-Systems, ein Understatement für die methodische Sabotage, mit der man dem Plan der Palästinenser zur Schaffung eines unabhängigen, lebensfähigen Staates innerhalb der Grenzen von 1967 im Westjordanland und im Gazastreifen begegnet.

Die ausgeklügelte Natur dieses Systems zeigt sich in seiner Konsequenz und Dynamik, in der Art, wie es ihm gelingt, sich der Aufmerksamkeit innerhalb und außerhalb Israels zu entziehen. Es ist ausgeklügelte, weil es sich leicht als eine Ansammlung von unkoordinierten und ungeplanten Ermessensentscheidungen darstellen lässt. Da der Schaden, den es anrichtet, immer nur einen Einzelfall betrifft, fällt es schwer, seine Folgen in ihrer Gesamtheit und Langzeitwirkung für die Palästinenser, gleich ob Einzelpersonen oder Gruppen, bei einem einzigen Besuch an einem Kontrollposten oder in einem einzigen Zeitungsbericht zu erfassen. Diese Politik wird immer als Reaktion auf den Terror dargestellt und natürlich als vorübergehende ad-hoc-Maßnahme. Dabei wird sie mit ständigen Verbesserungen seit 1991 praktiziert.

MachsomWatch betrat die Bühne erst zehn Jahre, nachdem Israel das Passierschein-System eingeführt hatte. Wenn man verstehen will, warum trotz der täglichen Anwesenheit von MachsomWatch kein einziger Kontrollposten aufgehoben wurde, muss man sich mit der Erfolgsgeschichte der israelischen Abspernungspolitik befassen.

Am Vorabend des Golfkrieges von 1991 wurde ein älteres Militärgesetz abgeschafft. Es hatte palästinensischen Bewohnern der Westbank und des Gazastreifens die Einreise nach Israel erlaubt, wodurch ihnen gleichzeitig die freie Bewegung zwischen den beiden Landesteilen garantiert war. Diese allgemeine Erlaubnis war seinerzeit Teil der Maßnahmen von Moshe Dayan (Politiker und Militär, israelischer Verteidigungsminister 1967–74), um die besetzten palästinensischen Gebiete wirtschaftlich an Israel anzugliedern; damit sollte gleichzeitig die Entstehung eines unabhängigen palästinensischen Staates untergraben werden. Ungeachtet solcher Beweggründe hatte diese Bewegungsfreiheit für die einzelnen Palästinenser große wirtschaftliche, soziale und psychologische Bedeutung. Seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts

gab es verschiedene Kategorien von Personen, deren Bewegungsfreiheit Israel durch verschiedene bürokratische Mittel verhinderte oder stark einschränkte. Im Allgemeinen blieb das Recht auf freie Bewegung aber anerkannt. Im Januar 1991 kehrte sich die Situation jedoch um: Es galt nicht mehr die Gewährung der Bewegungsfreiheit für viele und die Versagung für wenige, sondern die Versagung für viele und die Gewährung für wenige. Hier muss betont werden, dass innerhalb derselben territorialen Grenzen die Israelis unbeschränkte Bewegungsfreiheit genießen.

Ein Recht, das nicht allen gewährt wird, ist ein verstümmeltes Recht, das heißt, ein Privileg für die Wenigen. Und so gewährte Israel seit 1991 dieses Privileg der Bewegungsfreiheit nur bestimmten Personenkategorien, wenn und so weit und für so viele, wie es ihm passte. Beispielsweise Landarbeitern, Händlern, Kollaborateuren, Vertretern der palästinensischen Autonomiebehörde, Kranken, Sterbenden, Künstlern. Dann endete die erste Intifada (1987–93), es gab Friedensgespräche in Madrid, Washington und Oslo, der Oslo-Prozess begann, die palästinensische Autonomiebehörde wurde eingesetzt – die allgemeine Regel jedoch änderte sich nicht. Die privilegierten Personenkategorien wurden nach Maßgabe israelischer Bedingungen reduziert oder ausgeweitet. Die Zahlen innerhalb der einzelnen Kategorien wechselten, ebenso wie die Landesteile, für die man eine Einreisegenehmigung brauchte, aber die allgemeine Regel blieb: Israel kontrolliert die Bewegungsfreiheit zwischen dem Westjordanland und Gaza durch Israel, außerhalb der Grenzen Israels und, seit 2000, innerhalb der Westbank. Der militärische Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahre 2005 hat die drakonischen Beschränkungen für die innere Bewegungsfreiheit der Palästinenser dort gemildert, aber auch hier bleibt die Kontrolle über Einreise nach und Ausreise aus Gaza in der Hand der Israelis.

Von 1991 bis März 1993 wurde die neue Politik hauptsächlich den Bewohnern des Gazastreifens aufgezwungen. Sie mussten feststellen, dass sie nicht mehr ohne Spezialgenehmigungen von Gaza nach Israel und in das Westjordanland einreisen durften. Seit März 1993 bekamen auch Westbank-Bewohner die Schließungen zu spüren: der freie »Eintritt« zum besetzten Ost-Jerusalem, das in jeder Hinsicht ihre Hauptstadt, das kul-



turelle, religiöse, medizinische, wirtschaftliche und politische Zentrum war, wurde eingeschränkt. Jeder, der ohne eine gültige Einreiseerlaubnis erwischt wurde, bekam eine Geldstrafe oder ein Gerichtsverfahren.

Während der Oslo-Jahre (1993–2000) wurde die Schließungspolitik lediglich verfeinert: man etablierte eine elaborierte Bürokratie, wobei palästinensische Verwaltungsangestellte als Kuriere oder Subunternehmer dienten. Sie leiteten die Anträge für Genehmigungen an die israelischen Vertreter in der Zivilverwaltung und an den Geheimdienst weiter, wo dann die Genehmigungen gewährt oder verweigert wurden. In den Oslo-Jahren sollte angeblich ein Verhandlungsprozess stattfinden. Seine Basis wäre die Anerkennung, dass Gaza und das Westjordanland eine territoriale Einheit darstellen, die den zukünftigen palästinensischen Staat bilden würde.

Doch in Wirklichkeit war diese Zeit von einer zunehmenden Abtrennung der beiden Gebiete voneinander geprägt. Die Trennung beschädigte Familienbande, Erziehung, Kultur, Gesundheit, Handel und so fort, sie verwandelte Gaza für die meisten seiner Bewohner in ein einziges riesiges Gefängnis. Ihre Horizonte verengten sich mehr und mehr, bis die meisten die Hoffnung aufgaben, ihr Gefängnis je wieder zu verlassen. Zusätzlich spielte Israel, das seit 1967 die Einwohnermeldebücher kontrolliert, mit dem Menschenrecht der freien Bestimmung des Wohnsitzes. Einwohner von Gaza durften nicht mehr in das Westjordanland umziehen und durften ihre Adresse im Personalausweis nicht mehr ändern. In den Jahren der Intifada wies Israel sogar in der Westbank lebende Palästinenser aus, wenn in ihrem Pass Gaza als Wohnsitz eingetragen war.

Darüber hinaus wurde in der Oslo-Zeit die physische Infrastruktur für die Zerstückelung der Westbank geschaffen. Die israelischen Siedlungen, genauer gesagt Kolonien, wurden endlos erweitert. Es entstand ein Netzwerk von Umgehungsstraßen, die alle Kolonien, auch die kleinsten und isoliert liegenden, mit den größeren Kolonien und dem israelischen Staatsgebiet verbinden sollten. Diese Straßen schnitten palästinensische Dörfer von ihren Provinzhauptstädten ab, Dörfer von ihren Feldern und von anderen Dörfern, Städte von ihrem Hinterland. Zu Beginn der gegenwärtigen Intifada reichte das Hoheitsgebiet der Kolonien über das halbe Westjordanland. Seit Ende 2000 wurde die



Infrastruktur der Zerstückelung durch Straßensperren, ständige und vorübergehende Checkpoints und Wachtürme verstärkt, dazu durch Panzer, aus denen Soldaten auf »Kriminelle« schießen, wenn sie versuchen, die Sperren zu umgehen.

Seit Oktober 2000 wurden die Bewegungseinschränkungen ausgeweitet und mit wachsender Härte auf Bewegungen innerhalb der Westbank angewendet. In den fünf Jahren seitdem hat sich das aus Gaza gewohnte Bild vervielfacht: in der Westbank sind Mini-Gazas und palästinensische Enklaven entstanden. Ihre Verbindungen untereinander sind von der Politik der israelischen Armee abhängig, die sie nach und nach mit den gleichen Mitteln absperrt, die zuvor schon Gaza in ein Gefängnis verwandelt haben: Zäune, Mauern und militärische Kontrollposten, die sich zu Grenzübergängen auswachsen.

Durch neue Anordnungen wurde es Palästinensern untersagt, von den Siedlern/Kolonisten benutzte Hauptstraßen zu befahren. Die Anordnungen liefen mit der Zeit wieder aus, aber auch ohne sie fahren auf diesen Straßen keine Palästinenser mehr: Die zahlreichen Sperren, militärischen Checkpoints und die Polizei-Schikanen ermutigen niemanden zum Reisen.

Im Frühjahr 2002 bekam die Zerstückelung eine weitere bürokratische Dimension: Für Bewegungen von einem Landesteil zum anderen, mitten im palästinensischen Gebiet, genügte nicht länger das Passieren eines der ständig vermehrten und erweiterten Checkpoints. Vielmehr bedurfte es dazu eines besonderen Passes, der bei der israelischen Zivilverwaltung zu beantragen war. Erschwerend kam hinzu, dass die Büros der Zivilverwaltung sich außerhalb der Enklaven, d.h. außerhalb der Wohngebiete der Antragsteller, befanden.

Die Militärbehörden mussten bald feststellen, dass die Anordnung undurchführbar war. Die meisten Betroffenen widersetzten sich, internationale Organisationen protestierten höflich, und die palästinensische Autonomiebehörde verbot ihren Angestellten, meistens Lehrern, Passierscheine zu beantragen. Sie selbst jedoch nahm die Scheine für ihre Vertreter unter Vorzugsbedingungen gern entgegen. Vor allem konnte die israelische Bürokratie die Masse der in die Zehntausende gehenden Antragsteller nicht bewältigen. Sie alle brauchten täglich Genehmigungen, um zu überleben: um zur Arbeit, zur Schule, zu



Familienangelegenheiten, zum Einkaufen zu gelangen. Die Anordnung wurde nicht förmlich zurückgenommen und gilt in manchen Gegenden immer noch, besonders in der Umgebung der Trenn- oder Annexionsmauer und des Jordantals. Es gibt auch einige Haupt-Kontrollposten, wo der Einlass in die palästinensischen Enklaven nur Personen gewährt wird, die gültige Genehmigungen haben. Manchmal auch nur denen, aus deren Personalausweis hervorgeht, dass ihr Wohnsitz in den betreffenden Enklaven liegt. Zwar gibt es manchmal weitläufige und schwierige Umgehungswege, aber mobile Checkpoints und plötzliche Straßensperren machen klar, dass es sich nur um einen unsicheren Anschein freier Bewegungsmöglichkeit handelt. Faktisch haben sich in ein und demselben Gebiet im besetzten Palästina zwei Verkehrssysteme entwickelt: breite, glatte Überlandstraßen für die Juden und unebene, gewundene Wege für die Palästinenser.

In Ost-Jerusalem hat man den Palästinensern gegen ihren Willen den Status israelischer Bewohner verliehen. Bereits zu Beginn der zweiten Intifada wurde es Israelis verboten, das Gebiet der palästinensischen Autonomiebehörde zu betreten, vorgeblich zu ihrer eigenen Sicherheit. Infolgedessen dürfen auch Palästinenser aus Jerusalem das Westjordanland nur mit besonderer, selten erteilter Genehmigung betreten. Wenn sie nach Ramallah wollen, der de-facto-Hauptstadt der palästinensischen Autonomiebehörde, haben die israelischen Behörden bislang ein Auge zugeedrückt: es gab außerordentlich viel öffentliche Aufmerksamkeit und internationalen Druck. Dennoch ist die Anordnung weiterhin gültig: palästinensische Bewohner Jerusalems gelten als Israelis, und sie haben israelische Personalausweise. Auf diese Weise wurden unter dem Vorwand der »Gleichheit zwischen Juden und Palästinensern« die natürlichen sozialen Bindungen der Bewohner von Jerusalem mit dem Westjordanland abgeschnitten.

Als Grund für diese Maßnahmen wird stets die Sicherheit angeführt. In der Tat haben Terrorakte (gegen Zivilbevölkerung in Israel) und Widerstandsaktionen (in den besetzten Gebieten) jedes Mal zu einer Verstärkung der Absperrungspolitik geführt. Deshalb ist es leicht zu behaupten, die Absperrungen und Checkpoints seien Gegenmaßnahmen. Dabei werden folgende Tatsachen ignoriert:



- Die Politik der Passierscheine, d.h. die Aberkennung der Bewegungsfreiheit für die Palästinenser, begann 1991, lange bevor der Albtraum der Selbstmordattentate anfang. (Der erste derartige Angriff in Israel geschah im April 1994.)
- Die Passierscheinpolitik und die Verbote verhindern nicht nur die Einreise nach Israel, sondern auch die Bewegung innerhalb der besetzten Gebiete.
- Die interne Absperrungspolitik innerhalb der Westbank dient dem Schutz der israelischen Siedler/Kolonisten, die im Widerspruch zum Internationalen Recht in den besetzten Gebieten leben. Diese Politik schützt eine privilegierte Minderheit auf Kosten der Mehrheit.
- Die Absperrungspolitik wurde 1991 als bürokratisch-logistische Maßnahme eingeführt, um gegen die erste Intifada vorzugehen. In der Folge entwickelte sie sich zu einem Mittel der demografischen Trennung zwischen Juden und Palästinensern – und nicht der politisch-geografischen Trennung zwischen zwei politischen Einheiten, wie fälschlich angenommen wurde.

Die Absperrungspolitik fügte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der palästinensischen Autonomiebehörde schweren Schaden zu. 1994 wandelte sie sich zu einem Unterwerfungskrieg gegen die Palästinenser, und das, während gleichzeitig politische Verhandlungen im Gange waren. Der Wechsel zwischen strenger und milderer Durchsetzung der Absperrungspolitik – und damit die Schwächung oder Stärkung der politischen Führung der Palästinenser und der palästinensischen Wirtschaft – wurde zu einem Verhandlungsinstrument. Mit seiner Hilfe konnten die Interim-Vereinbarungen einerseits und die erneute Besetzung des Westjordanlandes andererseits durchgesetzt werden. Zeitlich begrenzte politische Zugeständnisse brachten im Gegenzug eine großzügigere Gewährung von Passierscheinen und Arbeitserlaubnissen in Israel, umgekehrt ging ihre Zahl zurück, wenn die Palästinenser sich am Verhandlungstisch schlecht benahmten.

Während der Oslo-Zeit bewirkte die Absperrungspolitik die erste massive, folgenschwere Trennung zwischen der Westbank und Gaza. Gleichzeitig führte der Ausbau der Kolonien und der Umgehungsstraßen zu einer permanenten Aufteilung



der besetzten Gebiete in Enklaven. Sie sind jeweils umgeben von hauptsächlich unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten, in denen Palästinenser sich nicht ansiedeln dürfen. So entpuppte sich der »Palästinensische Staat« als eine Ansammlung voneinander getrennter Enklaven. Dieses Konzept widersprach dem Plan eines lebensfähigen palästinensischen Staates an der Seite Israels. Es war im Gegenteil eine Garantie dafür, dass das entstehende palästinensische Staatsgebilde schwach und von Israel abhängig sein und unter seiner Kontrolle stehen würde. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass ausgedehnte, wertvolle Ländereien und Wasser-Ressourcen in israelischer Hand bleiben würden.

Die Absperrung gilt als der Hauptgrund für den Zusammenbruch der palästinensischen Wirtschaft – genauer gesagt einer Serie von Zusammenbrüchen seit 1992, mit jeweils geringer Erholung, sobald die hermetische Absperrung gelockert wurde. Nachdem man in 25 Jahren die Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft geschaffen hatte, machte man es Palästinensern unmöglich, in Israel zu arbeiten, und löste damit eine Kette wirtschaftlicher Katastrophen aus.

Kolonien und Umgehungsstraßen verschlingen palästinensischen Grund und Boden. Passierschein-Verfahren, Kontrollposten und Verbote rauben ihnen die Luft zum Atmen und den Raum zum Leben, d. h. sie zerstören Bewegungsfreiheit, Zukunftsperspektiven und soziale Bindungen, sie beeinträchtigen Entspannung und Freizeit. Und mehr noch: Die Kontrollposten und die Absperrungen stehlen Zeit. Grund und Boden können möglicherweise zurückgegeben werden, aber das endlose Warten an den Checkpoints, das erfolglose Anstehen für eine Genehmigung, die weiten und erschöpfenden Umgehungsstraßen, der Verzicht darauf, einfach von hier nach dort zu gelangen – das alles ist verlorene Zeit, die nie wieder zurückgeholt werden kann. Zeit ist eine fundamentale Ressource des Menschen, gleich ob sie nun zum Studium, zur Arbeit, für Familienausflüge, für gewollte Muße oder für Reisen genutzt wird. Tag für Tag raubt Israels Absperrungspolitik 3,5 Millionen menschlicher Wesen diese kostbare Ressource, raubt sie jedem Einzelnen, der jeder für sich doch eine Welt darstellt, und raubt sie der Gemeinschaft als ganzer. Nach und nach raubt man ihnen auch das Recht, ihr Leben zu planen. Wie kann man planen, wenn man

nicht weiß, ob man am Checkpoint eine oder vier Stunden warten muss, wenn man nicht weiß, ob man unterwegs auf drei oder nur auf zwei Checkpoints stößt, wenn man nicht weiß, ob man die Genehmigung bekommt oder nicht? Man raubt ihnen das Recht auf Spontaneität. Wer kann es noch wagen, von einem Augenblick zum anderen etwas zu unternehmen – eine Wanderung in die Hügel, einen Besuch bei Verwandten in einem anderen Dorf, einfach so – wenn auf dem Weg dazwischen ein oder zwei Kontrollposten liegen?

Und dort an den Kontrollposten begegnen wir den Frauen von MachsomWatch. Mit ihrer eigenen Zeit bezeugen sie den gewaltigen Zeit-Raub. Sie sind machtlos gegenüber der erschreckenden Politik, die seit fünfzehn Jahren verfolgt wird, unbeachtet, ohne weltweite Proteste, und ohne jede wirksame Opposition von Seiten der palästinensischen Führung.

MachsomWatch wurde zu einer Zeit geboren, da fast die gesamte israelische Gesellschaft ihre Regierung und ihre Armee bei jedem Vorgehen und jedem Übergriff gegen die Palästinenser unterstützte. Die Gründungsmitglieder von MachsomWatch stammen vom radikalen Flügel des sogenannten israelischen Friedenslagers. In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts nahm dieses Friedenslager die Absperrungspolitik überhaupt nicht zur Kenntnis. Damit entging ihnen die Verzweiflung, die der hinkende Oslo-Prozess in der palästinensischen Gesellschaft auslöste. Man glaubte, es sei eine unumkehrbare »Friedensdynamik« geschaffen worden. Daher fühlte sich das Friedenslager beim Ausbruch der zweiten Intifada betrogen und verletzt. Wie konnten es die Palästinenser wagen, Krieg anzufangen, wo wir doch bereits Frieden genossen?

Damals schufen die MachsomWatch-Frauen einen erkennbaren Platz für aktive abweichende Meinung inmitten einer überwältigend konformistischen Gesellschaft. Nicht selten bekommen sie den Zorn der an den Checkpoints Wartenden für ihre Machtlosigkeit zu spüren, für die Tatsache, dass sie Israelinnen sind. Sie telefonieren, bitten, schäumen vor Wut, rufen Presse und Rechtsanwälte zur Hilfe, wenn die in der Natur der Sache liegende Willkür einen Kranken aufhält oder einen Lehrer am Erreichen seiner Schule hindert. Gelegentlich gelingt es ihnen, jemandem trotz anfänglicher Weigerung den Durchlass zu erwirken. Aber wesentlich häufiger gelingt es ihnen nicht.



Entgegen dem ersten Eindruck soll das Eingreifen von MachsomWatch nicht dazu dienen, die Besatzung zu verniedlichen oder die Checkpoints gebrauchsfreundlicher zu machen. Vielmehr ist es die instinktive Reaktion von Friedensaktivisten. Was sie tun, bestärkt sie in dem Bewusstsein, dass sie es mit einer ständig verschärften Absperrungspolitik zu tun haben.

Die Leistung von MachsomWatch ist es, Israel all die erschreckenden Details vor Augen zu führen, die viele lieber ignorieren möchten. Die Lügen, die Hinterhältigkeit, die Widerlichkeit, die Kluft zwischen dem Sicherheitsdiskurs und der wirklichen Absicht, die hinter den Kontrollposten steht: das Auseinanderreißen des Westjordanlandes in voneinander getrennte Bantustans. Die Beobachterinnen zwingen ihre Umgebung dazu, die Einzelheiten wahrzunehmen. Sie stellen die Sicherheitslogik in Frage, die seit Jahren – und vielfach bis heute – als Domäne der Männer und des Militärs galt. An den Checkpoints begegnen die Frauen der palästinensischen Gesellschaft, und das in einer Zeit, da Israel alles tut, um die beiden Völker getrennt zu halten, fremd und beziehungslos. Diese Frauen erinnern die Palästinenser daran, dass es außer Soldaten und Siedlern/Kolonisten noch andere Israelis gibt. Paradoxerweise sind nun gerade diese Frauen, die von anderen Israelis oft als Verräter bezeichnet werden, diejenigen, die der israelischen Gesellschaft einen Dienst erweisen. Sie zeigen, dass diese Gesellschaft auch ein anderes Gesicht hat, andere Eigenschaften als nur Gehorsam, Gleichgültigkeit und Willfährigkeit. Ich habe oft Palästinenser sagen hören, solche Israelis und solche Aktivitäten gäben ihnen Hoffnung auf Wandel; wenigstens machten sie ihnen das Leiden unter der Besatzung leichter.

MachsomWatch ist eine von mehreren israelischen Gruppen und Bewegungen gegen die Besatzung. Deren Mitglieder verwenden einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft auf diesen unerbittlichen Kampf: ehemalige Soldaten, die das Verhalten der Armee öffentlich machen, Wehrdienstverweigerer, Aktivisten gegen die Trenn- oder Annexionsmauer. Nichtsdestoweniger genießt jeder jüdische Israeli, mag er oder sie noch so entschieden gegen die Besatzung aktiv sein, Rechte und Privilegien im Vergleich zu den Palästinensern.

Es geht gegen unseren Willen, dass wir privilegiert sind, und es geht gegen unseren Willen, dass wir mit einem neuen Apart-



heid-Regime zusammenarbeiten, in dem wir die Herren sind. Das Einzige, was wir tun können, ist, den Umfang dieser Zusammenarbeit so klein wie möglich zu halten. Die Machsom-Watch-Frauen tun das: Sie reduzieren den Umfang der ihnen als israelischen Jüdinnen aufgezwungenen Kollaboration. Die Existenz von MachsomWatch und ihre hartnäckige Arbeit zwingt andere, über ihre eigene Kollaboration nachzudenken. Wenn sie sie schon nicht verringern, so müssen sie sich ihrer wenigstens bewusst sein und sich dafür schämen. Es ist unmöglich vorauszusagen, wann und wie die erschwerte israelische Form des Apartheid-Passierschein-Systems zusammenbrechen wird. Wenn das geschieht, wird MachsomWatch bei seinem Zusammenbruch eine wichtige Rolle gespielt haben.